



Köln, 12. Januar 2024

Wir schaffen das (immer noch)! **Für eine humane Aufnahme- und Integrationspolitik in Köln**

1991 haben Bürgerinnen und Bürger den Kölner Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit, heute Runder Tisch für Integration, gegründet, um ein Zeichen gegen Vorurteile, Hass und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Unser Ziel ist bis heute ein gemeinsamer Konsens einer humanen Aufnahme- und Integrationspolitik in Verwaltung, Politik und der Kölner Bürger*innenschaft. Dies hat sich bewährt, so etwa 2015/2016, als über 15.000 Geflüchtete mit großer Empathie in Köln willkommen geheißen, sowie zuletzt 2022, als mehr als 13.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Köln aufgenommen wurden.

Dieser Konsens ist jedoch aktuell gefährdet und steht vor großen Herausforderungen:

Flucht und Migration sind für immer mehr Menschen mit der Angst vor Überforderung und einer Abwehrhaltung gegen Geflüchtete besetzt. Von der Politik wird verlangt, deren Zahl zu begrenzen und konsequent abzuschieben. Während rechtsextreme und rassistische Parteien hiervon profitieren, verfolgen demokratische Parteien eine widersprüchliche Politik. Sie fordern mehr Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland auf der einen, und schüren Vorurteile und Ängste gegen Geflüchtete auf der anderen Seite. Geflüchtete werden im gesellschaftlichen Diskurs zu Unrecht als Verursacher von Mängeln in der kommunalen Infrastruktur verantwortlich gemacht. Zwar fehlt es auch in Köln an tausenden bezahlbaren Wohnungen, Plätzen in der frühkindlichen Förderung, OGS- und Schulplätzen, Freizeitangeboten und vielem mehr. Mit mehr Abschiebungen, stärkeren Aufnahmebegrenzungen und einem insgesamt restriktiveren Kurs in der Integrationsarbeit werden heute jedoch Scheinlösungen für diese Probleme angeboten, die das Kölner Selbstverständnis als Vielfaltshauptstadt gefährden und auch in unserer Stadt einen Rechtsruck befördern.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Stadt Köln seit vielen Jahrzehnten von ihrem migrationszugewandten Klima profitiert. Daher laden wir alle an einem Konsens interessierten Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft ein, Rassismus und Ausgrenzung entgegenzuwirken, die vielfältigen positiven Erfahrungen mit Migration laut zu benennen und wieder die wahren Ursachen der Mängel in der kommunalen Infrastruktur zu diskutieren.

Hierbei gilt es klar zu benennen:

Die politisch diskutierten Lösungen, so etwa Asylverfahren unter Kontrolle der UNO in Ländern Afrikas – genannt wird Ruanda, oder vermeintlich sichere Drittstaaten wie Tunesien, Algerien, Marokko und Ägypten – durchzuführen, oder gar das individuelle Recht auf Asyl zu hinterfragen, stellen einen Bruch mit dem Grundgesetz sowie der internationalen Regelungen des Flüchtlingssschutzes sowie der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dar.

Gleichzeitig dient die kontinuierlich restriktivere Ausgestaltung unseres Aufenthaltsgesetzes lediglich der Beruhigung der gesellschaftlichen Stimmung. Die Verlängerung der Gültigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes von 18 Monaten auf 36 Monate führt zu einem verfassungsmäßig bedenklichen Ausschluss Geflüchteter aus Kindergrundsicherung, Gesundheitsversorgung, und Bürgergeld. Die kostenintensive Einführung von Bezahlkarten statt Bargeldauszahlungen erhöht zudem den bürokratischen Aufwand für die ohnehin überlastete kommunale Verwaltung.

Auch die Vorstöße zur konsequenteren Abschiebung mithilfe von Rücknahmeabkommen wird kaum dazu führen, die Zahl von vielen Geduldeten deutlich zu reduzieren. Bisher hat sich mit Ausnahme der Türkei kein Land zu so einem solchen Vertrag bereitgefunden, Dabei ist die Türkei bis heute selbst kein „sicherer Drittstaat“ sondern ein Verfolgerstaat. Auch Tunesien bricht die Menschenrechte ebenso wie Algerien, Ägypten und Marokko.

Was bleibt ist die systematische Verschärfung der Lebenslage von Geflüchteten. Diese Antworten und Beschlüsse der Politik lösen fast kein Problem, sie schaffen nur neuen Unmut in der Gesellschaft, wie unter Geflüchteten. Dieser wird sich in Stimmen für die AfD auszahlen, wenn nicht schlimmeres: Auch die Gewalt gegen Geflüchtete hat wieder zugenommen!

Aber wir müssen auch klar sagen: Ängste und Vorbehalte können nicht allein mit dem Blick auf internationales Recht oder humane Postulate zurückgewiesen werden. Wir, die für ein humanes Asylrecht streiten, müssen sie mit sachlichen Argumenten entkräften, um Feindbilder abzubauen und ebenso soziale Lösungen für gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen, für die Geflüchtete zu Unrecht verantwortlich gemacht werden.

Unsere Forderungen an eine sachliche gesellschaftliche und politische Debatte:

1. Die Fluchtursachen wieder stärker im Bewusstsein der Öffentlichkeit sichtbar machen

Hinter Flucht und Vertreibung stehen massive geopolitische Konflikte, etwa in Nah-Ost., den Kriegen in Syrien, Jemen und Ukraine, der Taliban Herrschaft in Afghanistan und der Mullah Herrschaft im Iran, der zerfallende Staat in Somalia, die Diktatur in Eritrea und die Verfolgungen des Erdogan Regimes – viele weitere Konflikte ließen sich anhängen. Auch bestehende postkoloniale Strukturen, die sich in der wirtschaftlichen Ungleichheit z.B. zwischen Europa und Afrika und sowie in den Folgen der Klimakrise vor allem für Menschen im globalen Süden darstellen, gehören ins Bild!

2. Eine gerechte Verteilung der Geflüchteten einfordern

Das bisherige Dublin III System funktioniert nicht und das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem wird die Probleme nicht lösen. Darum müssen die EU-Staaten eine neue Verteilung nach wirtschaftlichen und sozialen Kriterien unter Berücksichtigung der Interessen der Schutzsuchenden aushandeln. Das gilt auch für Deutschland, wo der Königsteiner Schlüssel aus den fünfziger Jahren, der für die Verteilung auf die Bundesländer die Grundlage ist, nicht mehr den wirtschaftlichen Realitäten entspricht. Bayern ist kein armes Agrarland und Nordrhein-Westfalen nicht mehr das industrielle Herz Deutschlands.

3. Das Recht auf Asyl erklären

In der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion werden Asyl- und Aufenthaltsrecht oftmals durchmischt. Es verbleibt der Eindruck, der aktuelle gesetzliche Rahmen wäre eine offene Einladung zu ungesteuerter Migration. Die Realität sieht anders aus: Das Asylrecht ist kein "Recht einzuwandern", sondern sichert den im Grundgesetz verankerten Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren, um den individuellen Schutzanspruch zu prüfen. Grundsätzlich gilt dieser Schutz – sofern er überhaupt gewährt wird – jedoch nur so lange wie die Fluchtursache besteht. So müssen etwa viele Verfolgte aus dem Irak heute in ihr Heimatland zurückkehren. Soziale und gesellschaftliche Ansprüche, Grenzen und die Dauer des Verbleibes werden detailliert im Aufenthaltsgesetz reglementiert. Wer in Deutschland Schutz sucht und auf Dauer hierbleiben will, muss hohe Hürden überwinden.

4. An die positiven Erfahrungen mit Einwanderung nach Deutschland anknüpfen

Migration und Flucht gehören zur Geschichte der Menschheit. Heute ist Deutschland ein Einwanderungsland und fast ein Drittel seiner Bewohner*innen hat eine Migrationsgeschichte. Gerade in Köln wissen viele Menschen aus eigener Erfahrung, dass für unser Gesundheitswesen, für Handel und Gastronomie, Logistik, Handwerk und Industrie Menschen mit Einwanderungsgeschichte (und dazu gehören auch Geflüchtete als Leistungsträger) unverzichtbar sind.

5. Integration und Zusammenleben in der sozialen Stadt verwirklichen

2015 wie 2022 reagierten die Menschen in Deutschland auf die Geflüchteten aus Syrien und der Ukraine mit einer Welle der Hilfsbereitschaft. Es entstand eine bis dahin nie gekannte Willkommenskultur, die sich dann im ehrenamtlichen Engagement und in kommunaler Professionalität verfestigte. Insbesondere die Erfahrungen mit Geflüchteten aus der Ukraine, die auf einer schnellen Aufenthaltsklärung, der Öffnung des Wohnungsmarktes, wie der Bildungseinrichtungen und der Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme beruhten, beweist die immense Bedeutung der schnellen Eröffnung von Teilhabemöglichkeiten für gelingende Integration.

6. Kommunen entlasten

Bund und Länder stellen nur selten eine ausreichende Finanzierung kommunaler Leistungen sicher – gleichzeitig blicken die Kommunen auf immer kleinere Spielräume, finanzielle Lücken zu schließen und artikulieren entsprechend lautstark ihre Überforderung bei der Aufnahme Geflüchteter. Bund und Land müssen die Kosten der Stadt für die Integration Geflüchteter vollständig übernehmen. Zudem müssen die Kommunen wieder so finanziell ausgestattet werden, dass sie in den Ausbau der kommunalen Infrastruktur umfangreich investieren können.

7. Sozialen Wohnungsbau fördern

In Köln fehlen gemessen an der Mietbelastungsquote rund 80.000 Wohnungen. Dies erschwert den Umzug asylanerkannter Geflüchteter aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen. Großunterkünfte stoßen in ihrer Nachbarschaft fast immer auf Ablehnung. Hinzu kommt: Ein restriktives Aufenthaltsrecht verbietet es Asylbewerber*innen während ihres Asylverfahrens privat zu wohnen. In Köln fanden von 13.000 Geflüchteten aus der Ukraine 10.000 eine private Unterkunft – eine enorme Entlastung des kommunalen Haushaltes, die durch eine analoge Regelung für Menschen auch aus anderen Ländern deutlich verstärkt werden könnte – umso stärker durch eine konsequente Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

8. Für gute Bildung, Ausbildung und Arbeit sorgen

45 Prozent aller Geflüchteten sind Frauen und Kinder. Flüchtlingskinder haben ein Recht auf einen Platz in Kitas und Schulen und gute Bildung ist der Garant für erfolgreiche Lebenswege. Die Lücken im bestehenden System, sei es beim Fachkräftemangel oder der Unterfinanzierung von Schulen, OGS-Trägern, sowie Kitas, untergraben dieses Versprechen.

Aber auch die Bildungsperspektiven (junger Erwachsener) müssen in den Blick genommen werden. In Zeiten unbesetzter Ausbildungsplätze besonders im handwerklichen Bereich können wir uns Erwachsene ohne Schulabschluss und Ausbildung nicht leisten. Ausbildung und Arbeit sind die besten Wege, um ein eigenständiges Leben zu führen und die Kommunen finanziell zu entlasten. Viele Geflüchtete bringen zudem erhebliche berufliche Qualifikationen und Erfahrungen mit. Die Bundesregierung muss Arbeitsverbote für Geflüchtete aufheben und die Vermittlung durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen vereinfachen und beschleunigen. Dazu gehören der beschlossene Spurwechsel im Fachkräfteeinwanderungsgesetz und kurze Genehmigungsverfahren der Ausländerbehörden bei der Ausbildungs- und Arbeitsduldung.

Vorurteile überwinden – Solidarität leben

In der Willkommenskultur 2015/2016 haben sich Geflüchtete und Einheimische kennen gelernt. Vorbehalte wurden überwunden und ein Zusammenleben ermöglicht. Dennoch bestehen auch in einer Stadt der Vielfalt viele Konflikte. Konflikte zwischen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und verschiedenen politischen Auffassungen müssen friedlich ausgetragen werden, Verständigung immer wieder neu erzielt werden. Auch Geschichten „gescheiterter Integration“ müssen geklärt und Lehren daraus gezogen werden. Geflüchtete sind wie alle Menschen in unserem Lande für ihr Handeln verantwortlich. Aber Hass, Hetze, Vorurteile und Gewalt müssen wir solidarisch und gemeinsam entgegentreten.

Gemeinsam sind wir Köln – das bleibt unsere Aufgabe.